

# **Margareten spricht sich für eine gerechte Verteilung der Pandemiekosten aus**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 28.09.2021 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

## **Resolutionsantrag**

Die Bezirksvertretung Margareten verständigt sich darauf, dass Margareten die Forderung nach kurzfristigen Sparpaketen auf den Rücken der Ärmsten in unserer Gesellschaft ablehnt.

## **Begründung**

Die Corona-Pandemie hat nicht nur schwerwiegende gesundheitliche Folgen, sie ist auch teuer. Aktuell müssen Kosten von mindestens 22 Milliarden Euro allein für das Jahr 2020 kalkuliert werden. So die Prognose der Ökonomen Philipp Heimberger (WIIW), Monika Köppl-Turyna, (Direktorin von EcoAustria) und Lea Steininger (WU Wien) in der Präsentation ihrer Studie im Juli 2021.

Die logische Frage lautet daher: Wer wird diese gewaltige Krisenrechnung bezahlen?

Die Vergangenheit lehrt, dass in vergleichbaren Fällen gerne in die Taschen der ArbeitnehmerInnen, EPU's und Neuen Selbständigen gegriffen wurde und Leistungen des Sozialstaats gekürzt werden. Diese sogenannte „ausgabenseitige Sanierung“ ist aber oftmals nur ein Vorwand. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, dass hier einmal mehr die Krise vorgeschoben wird, um die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen voranzutreiben.

Denn die Corona-Pandemie hat eindeutig gezeigt, dass Länder mit funktionierenden Sozialstaaten und wie im Spezialfall Österreich mit Hilfe der Sozialpartnerschaft besser und schneller durch Krisen kommen bzw. teilweise gekommen sind.

Es müssen auch diejenigen einen gerechten Beitrag leisten, die vor der Krise viel hatten und jetzt noch mehr haben.

Gerechte Verteilung der Steuereinnahmen:

Aufgrund der Corona-Krise gibt es eine Fülle an Steuersenkungen und -erleichterungen für große Unternehmen, während sie gleichzeitig hohe Außenstände bei der Sozialversicherung haben. Wirtschaftskammer und AMS fordern darüber hinaus weitere Senkungen bei Steuern und Abgaben, das vielleicht prominentesten Beispiele sind ist die Diskussion um Senkung der Körperschaftssteuern und der Lohnnebenkosten. Gleichzeitig sollen die derzeitigen Begünstigungen beibehalten werden. Massive finanzielle Zuwendungen also, die aus dem Staatshaushalt fließen bzw. fließen sollen, der zum überwiegenden Teil von ArbeitnehmerInnen, EPU's und Neuen Selbständigen finanziert werden. Margareten lehnt derartige Forderungen ab.